

Presseerklärung des **dlh** - die Lehrergewerkschaften Hamburg

Die Lehrergewerkschaften Hamburg (**dlh**) warnen vor fatalem Signal: Mehrarbeit und ausbleibende Tarifeffekte sind eine versteckte Gehaltskürzung

Hamburg, 24. Juni 2026 – Die Lehrergewerkschaften Hamburg (**dlh**) kritisieren den Entwurf des Haushaltsplans 2027/28 und die damit einhergehenden Pläne des Senats zur Erhöhung der Wochenarbeitszeit insbesondere für Hamburger Lehrkräfte und Beamte von 40 auf 41 Stunden scharf. Diese Maßnahme im Zuge der aktuellen Haushaltspolitik ignoriert wieder einmal die seit Jahren gestiegene massive Arbeitsbelastung der Lehrkräfte!

Gleichzeitig beschädigt der Haushaltsentwurf die Attraktivität des Lehrberufs nachhaltig. Besonders drastisch: Während von den Beamten wieder Mehrarbeit gefordert wird, warten sie noch immer auf die Übertragung der im Februar beschlossenen Tarifergebnisse. In der Praxis kommt diese Kombination einer Reallohnkürzung gleich. Das Verhalten des Senats ist an Respektlosigkeit gegenüber den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kaum zu überbieten! „Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid“, erklärt die **dlh**-Vorsitzende Grit Katzmann. „Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten schon jetzt am absoluten Limit. Wer in dieser Situation der extremen Dauerbelastung die Arbeitszeit noch weiter erhöht, gefährdet die Gesundheit des Personals. Ein moderner, attraktiver Beruf sieht anders aus. Der Senat entwertet den Lehrberuf in Hamburg sehenden Auges.“

Damit wird die tatsächliche Teilzeitquote weiter in die Höhe getrieben. Vor dem Hintergrund mangelnder Altersentlastung wirken die Pläne auch unter dem Aspekt der Fürsorgepflicht unververtretbar und unanständig. Mehr Stunden bei stagnierenden Bezügen bedeuten rein rechnerisch einen sinkenden Stundenlohn. Das ist keine Sparmaßnahme, das ist eine versteckte Gehaltskürzung durch die Hintertür, die den Beruf im Vergleich zur freien Wirtschaft noch unattraktiver macht.

Der **dlh fordert den Senat auf, diese unausgewogenen Pläne sofort zu stoppen.** Die Politik muss die Arbeitsbedingungen für Beamtinnen und Beamte auch deshalb verbessern, weil in Hamburg nachweislich erhöhte Lebenshaltungskosten zu verzeichnen sind! Zudem ist die Besoldung im Vergleich z.B. zu Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen geringer und die Attraktivität des Dienstortes leidet darunter!

Die Lehrergewerkschaften Hamburg fordern die Politik auf, endlich die Attraktivität des Lehrberufs und des Beamtentums zu stärken, die vom Bundesverfassungsgericht entschiedenen gesetzlichen Regelungen zur Alimentation unverzüglich anzuwenden und die verursachten Haushaltslücken nicht durch die Verpflichtung von Beamtinnen und Beamte oder Lehrerschaft zur zusätzlichen Mehrarbeit abzudecken!

**Der Vorstand
die Lehrergewerkschaften Hamburg (**dlh**)**